

386168-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – RAUMS_HLS_off_verf

OJ S 125/2024 28/06/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Raubling

E-Mail: j.millauer@raubling.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: RAUMS_HLS_off_verf

Beschreibung: Vor dem Hintergrund aktueller und zukünftiger Veränderungen im Schulwesen sowie unter Berücksichtigung eines anstehenden Sanierungsbedarfs beabsichtigt die Gemeinde Raubling den aus dem Jahr 1956 stammenden ältesten Bauteil der Michael-Ende Schule in Raubling durch einen erweiterten Neubau zu ersetzen. Bei dem abzubrechenden Gebäudeteil handelt es sich um den eingeschossigen, teilunterkellerten Bauteil 5 südlich des Schulhofs. Die Bestandserfassung und Voruntersuchung hat gezeigt, dass im Schulhaus Raubling bei den Unterrichts- und Fachräumen ca. 390m² Fläche fehlen im Vergleich zu dem nach den Förderrichtlinien der Bayer. Staatsregierung angegebenen Basissatz für den schulischen Bedarf. Hinzu kommt ein weiterer Flächenbedarf für die Ausweitung des Ganztagsangebots mit Mittagsversorgung (OGTS, Mensa) und Reserven für eine mögliche Umstrukturierung der Klassenverteilung auf die verschiedenen Standorte der Grundschule Raubling. Erste Überlegungen sahen zur Realisierung der benötigten Unterrichtsflächen eine Aufstockung des Bauteils 5 vor. Feuchtigkeitsschäden im Untergeschoss und eine eingeschränkte Erweiterungsmöglichkeit und Nutzungsanpassung haben jedoch im Vorfeld im Gemeinderat zur Entscheidung für den Ersatzneubau geführt. Die Planungsleistungen der Objektplanung Gebäude befinden sich derzeit in der Entwurfsplanung, es werden nach Rückzug des vorherig beizuschlagenden Fachplaners für HLS zeitnah dennoch die dazugehörigen Fachplanerleistungen benötigt. Gegenstand der vorliegenden Vergabe sind hierfür die Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung nach § 55 HOAI für die LPH 1-9 der Anlagengruppen 1-3.

Kennung des Verfahrens: acd3e877-3834-4247-b183-7eb8d64142fb

Interne Kennung: RAUMS_HLS

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Gemeinde Raubling Bahnhofstraße 31

Stadt: Raubling

Postleitzahl: 83064

Land, Gliederung (NUTS): Rosenheim, Landkreis (DE21K)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 350 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YB2HZEZ Je nach Bieterkonstellation sind folgende Erklärungen abzugeben: - Anlage E_1 / Bietererklärung mit Angabe von vollständigem Firmennamen, Anschrift, Name des Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten sowie Erklärung des Bieters bzw. Mitglieds der Bietergemeinschaft, dass - keine gesellschafts-/konzernrechtlichen oder persönlichen Verflechtungen mit anderen Planungsbüros oder mit Bau- oder Lieferfirmen vorhanden sind, welche geeignet sind, im Auftragsfall bei einem Auftraggeber einen gegenwärtigen oder zukünftigen Interessenkonflikt auszulösen. - die berufsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der Leistung selbst erfüllt oder diese im Rahmen der Eignungsleihe durch Dritte erfüllt werden (gem. Angaben in Anl. E_3 / Nachunternehmererklärung) - der Auftraggeber unverzüglich in Kenntnis gesetzt und gegebenenfalls aktualisierte Eigenerklärungen sowie ggf. Nachweise vorgelegt werden falls sich während des weiteren Verfahrens Änderungen an den vorstehend erklärten Sachverhalten oder anderen erkennbar relevanten Voraussetzungen für eine Zuschlagserteilung ergeben - Anlage E_2 / Bietergemeinschaften (falls zutreffend) Hierzu ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung vorgelegt werden: - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist; - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist; - in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt; - in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften; - in der konkrete Leistungsumfang jedes Mitglieds angegeben oder eine leistungsübergreifende Verantwortlichkeit ausdrücklich bestätigt wird. Wird diese Bietergemeinschaftserklärung nicht mit dem Angebot eingereicht, wird das Angebot der Bietergemeinschaft zwingend ausgeschlossen. Mehrfachbeteiligungen sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss. Mehrfachbeteiligungen stellen auch Angebote unterschiedlicher Niederlassungen eines Bieters sowie mehrerer Mitglieder ständiger Arbeitsgemeinschaften dar. - Anlage E_3 / Erklärung Nachunternehmer (falls zutreffend) Falls sich der Bieter (bzw. die Bietergemeinschaft) hinsichtlich seiner Eignung für dieses Projekt auf Kenntnisse, Fähigkeiten, Ressourcen o. a. Mittel Dritter beruft, Angabe von vollständigem Firmennamen des Nachunternehmers, Anschrift, Name des Ansprechpartners inkl. Kontaktdaten; Beschreibung, der vom Drittunternehmen zu erbringenden Leistungen und der vom Drittunternehmen zur Verfügung zu stellenden Mittel sowie eine Erklärung, dass der Bieter/ die Bietergemeinschaft auf Verlangen der Vergabestelle bzw. des Auftraggebers unverzüglich die Verpflichtungserklärung dazu einreicht, dass - im Falle der Auftragserteilung die für die Erbringung der Leistung erforderlichen Mittel des Unternehmens zur Verfügung gestellt werden; - die Eignung nach den Anforderungen dieser EU Auftragsbekanntmachung und den Vergabeunterlagen nachgewiesen wird; - für den Fall, dass der Bieter / die Bietergemeinschaft in dem o.g. Vergabeverfahren zum Nachweis der erforderlichen beruflichen Leistungsfähigkeit

wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung Kapazitäten in Anspruch nimmt, erklärt wird, dass im Auftragsfall die Leistungen erbracht werden, für die diese Kapazitäten benötigt werden; und - soweit Kapazitäten im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit geliehen werden, gemeinsam mit dem Bieter / der Bietergemeinschaft für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gehaftet wird. Darüber hinaus sind folgende Angaben und Eigenerklärungen vom Bieter bzw. jedem Mitglied der Bietergemeinschaft bzw. dem Nachunternehmer, auf dessen Eignung sich der Bieter / die Bietergemeinschaft beruft (Eignungsleihe) mit dem Teilnahmeantrag einzureichen: - Anlage E_4 / Vertraulichkeitserklärung - Anlage E_5 / Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Erklärung, dass keine Ausschlussgründe im Sinne von § 123 und § 124 GWB vorliegen - Anlage E_5a / Nichtvorliegen "Bezug zu Russland" Erklärung, dass gem. Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 kein Bezug zu Russland vorliegt. Die Vergabestelle behält sich zudem vor, nachfolgend aufgeführte Nachweise anzufordern: - Bescheinigung der Behörde des betreffenden Mitgliedsstaates, dass der Bieter seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß nachgekommen ist. - Bescheinigung der Behörde des betreffenden Mitgliedsstaates, dass der Bieter seiner Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen ist.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

VgV -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerter Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw.

fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: RAUMS_HLS_off_verf

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung ist die Vergabe von freiberuflichen Leistungen / Planungsleistungen nach § 55 HOAI Technische Gebäudeausrüstung für die LPH 1 - bis LPH 9 für die Anlagengruppen 1-3 für den Ersatzneubau BA_I der Michael-Ende-Schule.

Interne Kennung: RAUMS_HLS

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es erfolgt eine stufenweise Beauftragung mit Optionen, zunächst die Leistungen der LPH 1-4 daran anschließend optional und vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel die LPH 5-7 sowie optional und in Abhängigkeit der Zusage zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn die besonderen Leistungen der LPH 8. Ggf. können dabei die Abrufzeitpunkte mit einem zeitlichen Versatz von mehreren Monaten sein. Mit den Leistungen der LPH 1 ist unmittelbar nach Zuschlagserteilung zu beginnen.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Gemeinde Raubling Bahnhofstraße 31

Stadt: Raubling

Postleitzahl: 83064

Land, Gliederung (NUTS): Rosenheim, Landkreis (DE21K)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabe projekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# siehe Vergabeunterlagen

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Mindestanforderungen bzgl. Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: - Anlage N_1 / Berufs- bzw. Handelsregisterauszug bzw. Nachweis für die berufliche Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung. Hierbei wird zugelassen, wer nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 und 2 VgV). Für Bieter mit Sitz in Deutschland gilt die Vorlage eines Nachweises für eine verantwortliche Person über die Eintragung in ein Berufsregister als Ingenieur / Master der Fachrichtung Versorgungstechnik alternativ als Meister im Installateur- und Heizungsbau bzw. Lüftungstechnik mit mindestens 20 Jahren Berufstätigkeit in diesem Fachgebiet. Bieter mit Sitz im Ausland müssen mit dem Angebot die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür eine im Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU aufgeführte Registereintragung einschlägig ist; Bei Bietergemeinschaften gelten o.g. Anforderungen für sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft Bei Vorlage eines Handelsregisterauszugs darf der Nachweis, zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist nicht älter als 6 Monate sein.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Mindestanforderungen bzgl. wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind nach § 45 VgV folgende Unterlagen vorzulegen: Anlage E_6 / Erklärung über den Gesamtjahresumsatz sowie über den Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags innerhalb der letzten 3 Geschäftsjahre (2021 - 2023). Dabei sind folgende Jahresumsätze (netto) nachzuweisen: - mindestens 250.000 EUR (netto) pro Jahr in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags, d.h. mit Planungsleistungen der Anlagengruppen 1-3 nach § 55 HOAI - Anlage N_2 / Berufshaftpflichtversicherung mit Erklärung über folgende Deckungssummen - für Personenschäden bis zu 1.500.000 EUR - für sonstige Schäden bis zu 1.000.000 EUR bei einem, in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens. Die Berufshaftpflichtversicherung muss während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachgewiesen werden. Es ist zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Kalenderjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt. Hinweis: Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erfüllt werden, mit der dieses den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise

im Auftragsfall zusichert. Bei Bietergemeinschaften sind ein entsprechender Nachweis oder eine entsprechende Versicherungsbestätigung des Versicherungsunternehmens von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Mindestanforderungen bzgl technischer und beruflicher Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind folgende Unterlagen vorzulegen: - Anlage E_7 / Mitarbeiterzahlen Erklärung aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich ist. - Es ist mindestens ein jährliches Mittel von 3 Projektmitarbeitern inklusive Geschäftsführung nachzuweisen - Anlage E_8 / Referenzen Auflistung von mindestens drei geeigneten Referenzprojekten für die Planung von vergleichbaren Maßnahmen der Technischen Gebäudeausrüstung nach § 55 HOAI, Anl. 1-3 und 7 mit vergleichbaren Anforderungen hinsichtlich Schwierigkeitsgrad und Komplexität unter Angabe - der Projektbezeichnung, - der anrechenbaren Kosten (Nettosumme der KGR 410-430 gem. DIN 276) - des Werts der eigenen erbrachten Leistung - des Leistungszeitraumes (Beginn LPH 2 MM/JJJJ, Ende bzw. Ende LPH 8 MM/JJJJ) - der Honorarzone - der erbrachten Leistungsphasen - des Leistungsbildes mit Beschreibung der Aufgabe und des Umfangs der Leistung, der Art des Vertragsverhältnisses sowie Nennung vergleichbarer Qualitätsanforderungen Es werden folgende Mindestanforderungen gestellt: - Bei allen Referenzen wurden mindestens LPH 2 bis LPH 8 erbracht - Alle Referenzprojekte mit Zuordnung mit mind. HZ II - Nachweis von 1 öffentlich geförderten Referenzprojekt inkl. Zuarbeit von fachlichen Unterlagen zur Erstellung des Förderantrags sowie Zuarbeit der Kostenfeststellung zur Erstellung der Verwendungsnachweise - Nachweis von mind. 1 Referenzprojekt mit Umsetzung einer natürlichen Klimatisierung - Nachweis von mind. 1 Referenzprojekt inkl. Erarbeitung von Varianten mit Wirtschaftlichkeitsberechnung für Betriebskosten - Die LPH 8 muss bei allen Referenzen im Zeitraum zwischen 07/2019 bis Ende Angebotsfrist abgeschlossen worden sein. - Es ist pro Referenz ein Ansprechpartner des jeweiligen Auftraggebers mit Telefonnummer und e-mail-Adresse zu benennen, der in der Lage ist, detaillierte Auskünfte über die benannte Referenz zu geben. Der Auftraggeber behält sich vor, die getätigten Aussagen durch Hinterfragen bei den benannten Referenzgebern bestätigen zu lassen. - Anlage E_9 / Benennung der technischen Fachkräfte Angaben mit Namen und beruflicher Qualifikation der technischen Leitung und der für die Leistung vorgesehenen Verantwortlichen für die Qualitätskontrolle gem. § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV. Dabei sind nur jeweils die Personen anzugeben, die die Leistung tatsächlich verantworten und auch maßgeblich erbringen. - Anlage E_9a / Referenzprofile der Projektleitung und stellvertretenden Projektleitung Es werden folgende Mindestanforderungen gestellt: - Projektleitung mit Berufsqualifikation als Diplomingenieur/in bzw. Masterabschluss Versorgungstechnik oder Techniker/Meister/in Versorgungstechnik mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung im Leistungsbild Technische Ausrüstung § 55 HOAI Anlagengruppen 1-3 und mind. 2 persönlichen hinsichtlich Inhalt, Schwierigkeitsgrad und Komplexität vergleichbaren abgeschlossenen Referenzprojekten für die LPH 2-8 in Funktion als Projektleitung - Stellvertretende Projektleitung mit Berufsqualifikation als Diplomingenieur/in bzw. Masterabschluss Versorgungstechnik oder Techniker/Meister/in Versorgungstechnik mit mindestens 6 Jahren Berufserfahrung im Leistungsbild Technische Ausrüstung § 55 HOAI Anlagengruppen 1-3 und mind. 2 persönlichen hinsichtlich Inhalt, Schwierigkeitsgrad und Komplexität vergleichbaren abgeschlossenen Referenzprojekten für die LPH 2-8 Referenzprojekte in Funktion als Projektleitung oder stellvertretende Projektleitung Die Erläuterungen zum beruflichen Werdegang und zu den beruflichen Erfahrungen des

Projektleiters und stellvertretenden Projektleiters sind als Anlage ZU_1 /Qualifikationsprofile Projektleitung einzureichen. Studien- und Ausbildungsnachweise zur beruflichen Qualifikation dieser Personen i.S.v. § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV sind zur Angebotsabgabe vorzulegen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung betrauten Personals / qualitative Herangehensweise

Beschreibung: - Qualifikation und Berufserfahrung der eingesetzten Projektleitung (PL & stv. PL) - Persönliche Referenzen zu Planungsaufgaben mit vergleichbaren Anforderungen hinsichtlich Inhalt, Schwierigkeitsgrad und Komplexität - Herangehensweise zur Erreichung einer energieeffizienten, nachhaltigen und auch im Bauunterhalt wirtschaftlichen Gebäudetechnik - Erreichbarkeit und Präsenz vor Ort während der Bauausführungsphase

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorarangebot

Beschreibung: Netto_Gesamthonorar (Grundleistungen und Besondere Leistungen / inkl. Nebenkosten)

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 25/06/2024 00:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YB2HZEZ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YB2HZEZ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YB2HZEZ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 01/07/2024 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Zunächst prüft der Auftraggeber die vorliegenden Angebote auf die Einhaltung der in den Vergabeunterlagen festgelegten formalen und inhaltlichen Anforderungen gemäß § 56 Abs. 1 VgV, insbesondere auf Vollständigkeit und Richtigkeit. Darüber hinaus muss das Angebot alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Alternativ ist die Abgabe einer entsprechend ausgefüllten Einheitlichen Europäischen

Eigenerklärung (EEE) zulässig sofern sie die spezifizierten Erklärungsinhalte abdeckt und alle weiteren einzureichenden Unterlagen beigefügt sind. Gemäß § 57 VgV sind Angebote dann zwingend auszuschließen, wenn sie nicht den Erfordernissen des 53 VgV genügen. Dies betrifft insbesondere Angebote - die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 3, Abs. 1 Nr. 1 VgV). - die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten (§ 57 Abs. 3, Abs. 1 Nr. 2 VgV). - in welchen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind (§ 57 Abs. 3, Abs. 1 Nr. 3 VgV) - bei welchen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind (§ 57 Abs. 3, Abs. 1 Nr. 4 VgV). Ferner werden Angebote ausgeschlossen, die die Teilnahmebedingungen nicht einhalten. Der Auftraggeber behält sich vor, Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen oder zu vervollständigen. Diese Unterlagen sind vom Bieter nach Aufforderung innerhalb der durch den Auftraggeber festgelegten angemessenen Frist nachzureichen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 01/07/2024 11:05:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Ort des Eröffnungstermins: Die Öffnung der Angebote erfolgt unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist.

Eröffnungstermin — Beschreibung: Die Öffnung der Angebote findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Bieter sind daher zur Öffnung der Angebote nicht zugelassen (§ 55 Abs. 2 VgV).

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Auftrags- und Vergabeunterlagen

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum

Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Gemeinde Raubling

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Gemeinde Raubling

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Raubling

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Bahnhofstraße 31

Stadt: Raubling

Postleitzahl: 83064

Land, Gliederung (NUTS): Rosenheim, Landkreis (DE21K)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Gemeind Raubling

E-Mail: j.millauer@raubling.de

Telefon: +49 80358705-28

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Raubling

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Bahnhofstraße 31

Stadt: Raubling

Postleitzahl: 83064

Land, Gliederung (NUTS): Rosenheim, Landkreis (DE21K)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Gemeind Raubling

E-Mail: j.millauer@raubling.de

Telefon: +49 80358705-28

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern, Regierung von Oberbayern

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80538

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 892176-2411

Fax: +49 892176-2847

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

7b9ca21f-7c83-40eb-8510-df678c652cd1-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

10.1. Änderung

Beschreibung der Änderungen: Der Mindestjahresumsatz war zunächst auf 500.000,- EUR p. a. festgesetzt. Obwohl dies i.S.v. § 45 Abs. 2 VgV unterhalb des 2-fachen des ermittelten geschätzten Auftragswerts definiert war, wird auf Basis einer Bieterfrage hierzu und des auftraggeberseitig erwünschten Wettbewerbs der Mindestjahresumsatz auf 250.000,- EUR p. a. reduziert.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 3bc0d12e-ad99-4efa-ab1b-531ec1811f1a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/06/2024 13:42:16 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 386168-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 125/2024

Datum der Veröffentlichung: 28/06/2024